

Interview mit dem ehemaligen
Geschäftsführer der Türkischen Gemeinde
Hamburg (TGH)

Projekt Dimensionen: Danke, dass Sie sich für ein Interview zur Verfügung gestellt haben. Wenn Sie sich und die Türkische Gemeinde Hamburg kurz vorstellen könnten.

Ehem. Geschäftsführer der TGH:
Die Türkische Gemeinde Hamburg, die TGH, ist ein Dachverband von circa zwanzig migrantischen Initiativen und Organisationen, hauptsächlich türkischer Herkunft. Beispielsweise Fanclubs von Beşiktaş Istanbul oder Fenerbahçe Istanbul aber auch der Türkische Elternbund und der türkische Lehrerverband. Es sind Berufsgruppen dabei. Beispielsweise Architekten. Es waren ein Atatürk Verein dabei und es reichte bis hin zum Türkischen Chor Hamburg. Grundsätzlich ist zu sagen, dass die TGH ein laizistischer und pluralistischer Verband ist und sich eher linksliberal und säkular positioniert. Die TGH ist als Träger von Integrationsprojekten aktiv. Der TGH ist die Integration und Partizipation von Migrantinnen und insbesondere Migrantinnen wichtig. Ein Projekt zielte darauf ab, dass gerade Frauen, die bisher kaum oder gar nicht am Erwerbsleben teilgenommen hatten, den Einstieg in das Arbeitsleben zu

erleichtern. Es gab ein breites Angebot an Sprachkursen und Projekten. Unter anderem ein wichtiges Projekt mit dem Namen „Ich bin Hamburger“, das den Prozess der Einbürgerung vereinfachen und beschleunigen sollte. Das geschah dann beispielsweise durch den Einsatz von so genannten Behördenlotsen, die den Einbürgerungsinteressierten helfen sollten, sich besser im Behördenschlingel zurechtzufinden. Das alles wurde durch Kräfte begleitet, die auch die Sprache der jeweiligen Einbürgerungsinteressierten sprachen. Wir hatten Lotsen, die türkisch, kurdisch, spanisch, arabisch, afghanisch und Farsi sprachen. Das waren unsere drei wichtigsten Projekte.

Die TGH ist also ein Dachverband als auch ein Projektträger zur gelingenden Migration in Hamburg. Eigentlich ist die TGH einer der größten migrantischen Verbände in Hamburg.

PD: Waren die Morde des NSU Thema in der TGH?

TGH: Ja, klar. Wir haben seinerzeit diverse Pressemitteilungen lanciert und es war immer wieder Thema. Auch öffentlich. Wir haben auch vorangebracht, dass eine Straße in Hamburg-Bahrenfeld umbenannt worden ist in die Taşköprü-Straße. Nach Süleyman Taşköprü, der 2001 vom NSU umgebracht wurde. Im Sommer waren

dann Vertreter der Bezirksvertretung Hamburg-Altona und Mitglieder der TGH anwesend, als die Umbenennung feierlich begangen wurde. Das ist jetzt leider keine sonderlich repräsentative Straße. Es ist eher eine Nebenstraße in einem Gewerbegebiet. Aber sollte ein Zeichen, ein Symbol darstellen.

PD: Waren die Angehörigen von Süleyman Taşköprü dabei anwesend?

TGH: Ja, die waren dabei.

PD: Wie war das für die Familie Taşköprü?

TGH: Bei der Einweihung waren bestimmt einhundert Menschen vor Ort... Ich konnte an diesem Tag aber leider nicht mit der Familie Taşköprü sprechen.

PD: Vor der Selbstenttarnung des NSU wurde ja immer wieder von den so genannten Döner-Morden gesprochen, die Tatmotive wurden in einem türkischen Mafiamilieu vermutet, es wurde eine Sonderkommission mit dem Namen „Bosporus“ gegründet und so weiter. Wurde in Hamburg, in dem Spektrum in dem Sie sich bewegten, die Darstellung der Medien bezweifelt? Oder gab es zu diesem Zeitpunkt bereits Zweifel an der Darstellung?

TGH: Das kann ich gar nicht so recht beurteilen, da ich zu diesem Zeitpunkt noch nicht Geschäftsführer der TGH war. Was ich aber sagen kann ist, dass die TGH aufgrund eines rassistischen Mordes an einem Mitbürger türkischer Herkunft, 1986, gegründet wurde und seit Beginn das Ziel hatte, so genannter Ausländerfeindlichkeit und Rassismus entschlossen entgegenzutreten. Von daher ist die TGH für dieses Thema sehr sensibilisiert und hat auch in der Presse regelmäßig das Wort zu diesem Thema ergriffen. Die Jahrestage von Solingen und Mölln waren bei uns immer wichtige Ereignisse mit Rassismus und rassistischer Gewalt als zentralen Themen. Von daher gibt es durchaus Indizien, dass einzelne Mitglieder durchaus schon früh an der „Dönermordtheorie“ gezweifelt haben könnten. Das ist aber spekulativ. Was es allerdings dann später gab, war starke Kritik an der Arbeit der deutschen Sicherheitsbehörden. So war eine zentrale Forderung der TGH, aber auch der Türkischen Gemeinde Deutschlands (TGD), die Auflösung des Verfassungsschutzes. Eine klare Positionierung! Und es wurde gefordert, die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages auch wirklich umzusetzen. Das waren klare Botschaften, die von der TGH und auch der TGD immer wieder

öffentlich kommuniziert wurden. Gerade von der Bundesebene, der TGD.

PD: Gab es auf die Forderungen, die ja öffentlich gestellt wurden, eine Antwort von verantwortlichen Stellen?

TGH: Nicht dass ich davon wüsste...

PD: Wir haben zu Beginn unseres Projektes ausführliche Medienrecherchen betrieben. Zum einen im Bereich der türkischsprachigen Printmedien und auch in den entsprechenden deutschsprachigen. Uns ist dabei aufgefallen, dass in den deutschen Medien, insbesondere in der ersten Zeit nach der Selbstenttarnung, ein Erstaunen darüber zum Ausdruck gebracht wurde, wie den so etwas wie die Verbrechen des NSU geschehen konnten. In der Berichterstattung der türkischsprachigen Printmedien wurden die Morde des NSU jedoch meist in einer Reihe mit Verbrechen anderen rassistisch konnotierten Verbrechen gesehen. Sie haben sie eben benannt: Solingen oder Mölln. Wie erklären sie sich diese unterschiedlichen Wahrnehmungen?

TGH: Ja, das ist klar. Wie gesagt, die TGH ist aufgrund eines rassistischen Mordes gegründet worden und ein großes Thema

innerhalb der TGH war und ist der Rassismus auf institutioneller Ebene. Auf der Jahrestagfeier in Solingen, auf der auch die TGH vertreten war, ging es unter anderem um Rassismus in Institutionen. In der Polizei, im Verfassungsschutz... Da sind die TGH'ler und die TGD'ler sehr sensibilisiert. Gerade auch was Alltagsrassismus anbelangt. Da wird möglicherweise auch demnächst ein Projekt ins Leben gerufen werden. Zusammen mit verschiedenen Kooperationspartnern und –partnerinnen. Es gibt in Hamburg ja einige Stellen, die sich mit der Thematik beschäftigen: Opferberatung, Antidiskriminierungsberatungsstellen und so weiter. Also: die TGH ist sich aus eigenem Erleben bewusst, wie alltäglich der Rassismus in Deutschland ist. Es gibt da eine Kontinuität in der Wahrnehmung. Auch bezüglich des Verhaltens der Sicherheitsbehörden.

PD: Stichwort Sicherheitsbehörden: Sie haben eben angesprochen, dass eine der zentralen Forderungen der THG und der TGD die Abschaffung des Verfassungsschutzes in seiner bestehenden Form war.

TGH: Ja! Das war zumindest die Forderung des damaligen Vorsitzenden der TGD Kenan Kolat.

PD: Das war und ist ja eine Forderung, die von vielen Seiten ausgesprochen worden ist und wird. Entweder erklingt die Forderung nach einer wirklich grundlegenden Reform, einer Zäsur oder grundsätzlich nach der Abschaffung der Dienste. Die Realität zeigt aber, dass die Veränderungen, die beschlossen wurden *diese* Forderungen in keiner Weise erfüllen. Wie wirkt das auf die Einstellungen der Menschen innerhalb der türkischen Gemeinde bzw. der Menschen mit türkischer Migrationsgeschichte in Hamburg, dass sie erleben müssen, dass es zehn Mordfälle und Bombenanschläge mit vielen Verletzten gab, dass es Verflechtungen mit dem Verfassungsschutz und seinen V-Leuten gab, dass Akten vernichtet worden sind und das die anschließenden Veränderungen und Konsequenzen eher im marginalen Bereich liegen?

TGH: Für die TGH kann ich sagen, dass wir eigentlich immer vertrauensvoll mit den Behörden zusammengearbeitet haben. Mit den Behörden, die uns ja auch finanziert haben. Also der Arbeits- und Sozialbehörde aber auch der Innenbehörde. Über das Einbürgerungsprojekt erfuhr die TGH ja auch eine Menge an Wertschätzung durch die Behörden und so gab es eigentlich über die Jahre hinweg

eine vertrauensvolle Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Zumal der Stelle des Geschäftsführers der TGH ja eine institutionelle Dauerförderung zugrunde liegt. Das ist ja schon eher selten, dass es da eine strukturelle und nicht nur eine projektbezogene Förderung auf Zeit gibt. Von daher wurde die Kritik der TGH weniger an den hamburger Behörden festgemacht, sondern eher an den Behörden, die sich auf Bundesebene befinden. Außerdem ist das Alltagsgeschäft sehr arbeitsreich. Die Projekte müssen insbesondere finanziell gesichert werden und das ist uns auch gelungen. Gerade in der Zusammenarbeit mit den Behörden. Das führt natürlich dazu, dass man zwar auf der einen Seite Kritik üben kann und auch muss, jedoch auf der anderen Seite nicht zu konfrontativ vorgehen kann...

Außerdem gibt es natürlich auch in der türkischen Gemeinde fundamentalistische Strömungen, die versucht haben an Einfluss zu gewinnen. Das und der kritische Umgang mit der Politik Erdogans in der Türkei waren große Themen in der TGH und haben entsprechend Ressourcen gebündelt, denn die TGH sieht sich unbedingt als laizistischen Verband. Aber zurück zur Frage: frustrierend ist das natürlich schon.

PD: Konntet Sie beobachten, dass die Geschehnisse um den NSU nicht nur in der türkischstämmigen Community Thema waren, sondern, dass sich das auch in einer veränderten Wahrnehmung der so genannten Mehrheitsgesellschaft niedergeschlagen hat?

Ist das Interesse am Thema Rassismus und die Sensibilität in Hamburg gestiegen oder hat sich die TGH doch eher ein wenig allein gelassen gefühlt?

TGH: Es gibt in Hamburg, wie in allen anderen Bundesländern, ja auch weitere Player, wie beispielsweise das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus, mit dem ich auch eng zusammengearbeitet habe und bei dem die TGH auch Mitglied war. Und dort, in all den Mitgliedsverbänden des Beratungsnetzwerks war das natürlich durchaus Thema. Antidiskriminierungsarbeit, Opferschutz... Und es gab seinerzeit auch ein Landesprogramm des Stadtstaates Hamburg zu dem Thema, das meines Erachtens nach auch gut gelaufen ist, da es sich zum Ziel gesetzt hatte, die Sache nicht top-down, sondern bottom-up zu entwickeln, also Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen und das Thematische von der Zivilgesellschaft entwickeln zu lassen. Da spielten natürlich auch finanzielle Mittel

eine große Rolle. Und aus diesem Grunde gehe ich davon aus, dass es wohl auch Druck aus der Zivilgesellschaft gegeben haben muss. Denn es braucht ausreichend Druck, um Gelder fließen zu lassen. Außerdem gab es Druck im Zusammenhang mit der Räumung der „Roten Flora“, denn bei den Protesten gegen die Räumung wurde auch immer wieder die Flüchtlingsproblematik thematisiert. Auch wenn diese Proteste nur aus der überschaubaren Antifaszene kamen, so hatte diese doch ein großes Mobilisierungspotential und konnte diese Themen in eine breitere Öffentlichkeit tragen.

Meine These, die ich an dieser Stelle natürlich nicht verifizieren kann, ist, dass es ausreichend Druck gegeben haben muss, um die finanziellen Mittel fließen zu lassen, die nötig waren und sind, um Projekte mit entsprechendem Themenbezug in Hamburg zu installieren. Und aus diesem Grunde muss es wohl auch verstärkt Thema in größeren Teilen der Bevölkerung Hamburgs gewesen sein.

PD: Und wie verhielt es sich mit der Extremen Rechten im Hamburg? Gab es Bedrohungssituationen?

TGH: Gegen uns sind keine militanten Aufmärsche durchgeführt worden oder ähnliches. Gleich wohl gab es aber immer

wieder Droh- und Schmähbrieife, die ganz klar beleidigende, rassistische und volksverhetzende Inhalte hatten. Die gab es wöchentlich.

Uns wurde in den Briefen zum Teil auch vorgeworfen, dass wir uns kritisch über Rassismus und Rechte äußern, obwohl wir doch genug mit Islamisten zu tun hätten.

Wir hatten aber keine rassistischen Anschläge oder auch Schmierereien zu verzeichnen.

Die rechte Szene in Hamburg ist auch recht übersichtlich. Es gibt da ein oder zwei problematischere Stadtteile, Bergedorf und Harburg. Im Umland von Hamburg sieht das dann aber schon anders und durchaus problematischer aus. In Hamburg selbst hat sich das meiner Meinung nach aber positiver entwickelt.

PD: Der Anteil der Muslime in Hamburg, die ja keinen monolithischen Block darstellen, und die sich selbst dem islamistischen Spektrum zurechnen, dürfte, wie im Rest Deutschlands, sehr gering sein. Trotzdem wird das wieder gleich gesetzt. Türken gleich Muslime gleich Islamisten gleich IS gleich Terroristen. Woher kommt das?

TGH: Die Welt wird unübersichtlicher und Probleme sind komplex. Da wird von vielen

ein einfaches Weltbild angestrebt und zu dem gehören simple Feindbilder, die die komplexe Welt scheinbar leicht erklärbar machen. Das waren früher die Juden und sind es heute leider auch noch und zunehmend sind es derzeit die Muslime. Eine totale Simplifizierung. Das gilt aber nicht nur für das Prekariat, sondern auch und gerade für die Mittelschicht, die Abstiegsängste hat und Sündenböcke braucht.

PD: Sie haben es eben schon angedeutet: Neben der extrem rechten Szene gibt es auch in der so genannten – imaginierten - gesellschaftlichen Mitte rassistische und andere menschenfeindliche Einstellungsmuster, die ja derzeit beispielsweise in Form der PEGIDA-Aufmärsche traurige Furore machen. Die Wunschfrage: Was müsste sich gesellschaftlich ändern, um diese Einstellungsmuster zurückzudrängen?

TGH: Der erste Wunsch wäre, dass die Entsolidarisierung der Gesellschaft endlich aufhört, die ja auch gerade durch Hartz-IV noch mal ordentlich verstärkt wurde. Also weg von der neoliberalen Entsolidarisierung der Gesellschaft. Und zum zweiten der Abbau von Verlust- und Abstiegsängsten in der so genannten Mitte der Gesellschaft, die ja nicht zwangsläufig demokratisch gesinnt sein muss. Aber

leider ist ja das Gegenteil der Fall. Durch die neoliberale Politik nehmen diese Ängste ja immer mehr zu. Und diese Ängste sind ja keine Gehirngespinnste, sondern haben reale Gründe. Die Mittelschicht scheint ja eher ab- als aufzusteigen.

Das ist für mich der zentrale Grund: Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg und die daraus resultierenden - zum Teil sehr aggressiven – Abwehrhaltungen gegenüber allem vermeintlich „Fremden“.

Es müsste eher eine selbstverständliche gesellschaftliche Solidarität herrschen. Auch und gerade mit Flüchtlingen. Dann würde das Bürgertum nicht weiter verrohen, sondern vielleicht nachdenklicher und emphatischer werden. Vielleicht würde es dann auch mehr progressive Bürgerrechte einfordern und nicht weiterhin abwertend, abwehrend und aggressiv reagieren, Das wäre meine Wunschliste.

PD: Vielen Dank. Gibt es noch etwas, dass Sie dem Projekt Dimensionen mit auf den Weg geben wollen?

TGH: Es ist wichtig, dass die Dinge aus der Sicht der Opfergruppe heraus betrachtet werden und dass diese ernst genommen wird. Und es erscheint mir wichtig, dass das Potential der menschenfeindlichen Einstellungen nicht

an irgendwelchen extremen Rändern der Gesellschaft festgemacht wird, sondern gerade in der Mitte der Gesellschaft zu verorten ist. Das ist ja auch historisch belegbar. Nicht die prekären Bevölkerungsschichten haben die NSDAP gewählt, sondern die Mittelschicht hat die Demokratie abgeschafft.

Das wäre der zu wählende Fokus.